



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Auswärtige Politik

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Auswärtige Politik



Die Fähigkeit zu denken unterscheidet den Menschen vom Tiere; die Fähigkeit abstrakt zu denken unterscheidet den geschulten Verstand von dem ungeschulten. Das Kind, das Weib, der Mann aus dem Volk und das Genie sind konkrete Denker; ganz ohne abstrakte Gedankengänge können aber auch sie nicht sein.

Die Mischung dieser beiden Denkrichtungen ist ein notwendiger Bestandteil der Zivilisation. Ein gänzlicher Mangel aller Abstraktion, also ein ausschließlich konkretes Denken giebt es nur auf der Kindheitsstufe der Kultur, die, wenn sie nicht selbst noch Barbarei ist, doch unmittelbar an sie grenzt. Und ein schrankenloses Überwuchern der Abstraktion kennzeichnet das entgegengesetzte Extrem einer absterbenden Kultur, die sich ja in vielen Erscheinungen mit der Unkultur berührt. In gesunden Zeiten werden sich konkretes und abstraktes Denken immer in annäherndem Gleichgewicht befinden und gegenseitig befruchten.

Für den einzelnen Menschen gilt ganz dasselbe. Einfältig nennen wir den Menschen, dessen Denken mit den Eindrücken seiner Sinne so verwachsen ist, daß es sich keinen Augenblick von ihnen loszumachen vermag. Er ist in geistiger Beziehung ein Unfreier, wir dulden ihn, aber wir achten ihn nicht. Auf der andern Seite betrachten wir auch den scharfsinnigsten Gelehrten als ein verbildetes Menschenkind, wenn er über seiner einsamen Beschäftigung Gegenwart und Wirklichkeit aus dem Auge verliert und sich zuletzt nicht mehr unter seinesgleichen zu bewegen weiß.

Nicht anders steht es aber um die Gesundheit unsers politischen Denkens. Von einem gebildeten Deutschen verlangen wir eine politische Gesinnung und damit ein gewisses Maß geschichtlicher Kenntnisse; denn Politik ist nichts andres als die Fortsetzung der Geschichte in der Gegenwart. Wer keinen Begriff davon hat, was mit den Worten konservativ, liberal und demo-

kratisch bezeichnet wird, oder warum wir als Volk mit den Franzosen als Volk zu keinem freundschaftlichen Einvernehmen gelangen, wer infolgedessen Ultramontanen und Liberalen, Deutschen und Franzosen mit den gleichen Empfindungen oder richtiger mit dem gleichen Mangel an Empfindung gegenübersteht, ein solcher Mann wird uns niemals als ein vollwertiger Bürger des deutschen Reiches gelten. Und ebenso umgekehrt. Wer sich im Banne seiner politischen Überzeugungen aller konkreten Anschauung so entwöhnt hat, daß er in jedem Franzosen oder in jedem Landsmann entgegengesetzter Parteistellung ohne weiteres einen persönlichen Feind sieht, wer es nicht über sich gewinnt, gute Eigenschaften auch an dem politischen Gegner anzuerkennen, einem solchen Fanatiker sprechen wir mit demselben Recht die geistige Gesundheit ab wie seinem Gegenstück, dem Mann ohne jede politische Ansicht.

Beide Verkehrtheiten finden sich aber nicht nur bei den einzelnen Menschen, sondern auch bei großen Parteien, ja zuweilen wohl gar bei einem ganzen Volke, immer aber als untrügliches Kennzeichen eines krankhaften Zustandes. In der Siedehitze des Revolutionsfiebers verschwanden vor dem geistigen Auge der Franzosen die trennenden Schranken der Landesgrenzen. Sie sahen die europäischen Staaten nur noch von Tyrannen und unterdrückten Brüdern bevölkert; erst eine lange Reihe von blutigen Zusammenstößen konnte sie eines bessern belehren. Demselben Fehler verfielen unter dem Einfluß entgegengesetzter Anschauungen die heilige Allianz unter Metternichs Führung und später die Kreuzzeitungspartei in Preußen, als sie in den vierziger und fünfziger Jahren das Schlagwort von der Solidarität der konservativen Interessen in Europa erfand, das ihr abtrünniges Mitglied Bismarck zuerst mit beißenden Worten und bald genug auch mit geschichtlichen Thaten ad absurdum führte. Die neueste Erscheinungsform dieser internationalen Wahnvorstellung erleben wir in der Gegenwart an der sozialistischen Arbeiterpartei, auf deren Fahnen der Wahlspruch steht: Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Alle derartigen Utopien entstehen durch ein Überwuchern politischer oder wirtschaftlicher Abstraktionen über die konkrete Anschauung. Sie verkennen sämtlich die Wirklichkeit des Nationalitätsbegriffs. Deshalb ist ihr Mißerfolg unausbleiblich. Die kriegerische Propaganda der ersten französischen Republik endigte damit, daß die Bewegung in die frühern Grenzen des Landes zurückgeworfen und die entthronten Bourbonen wieder eingesetzt wurden. Metternichs einseitige, unverwandt nach innen gerichtete Politik erzeugte durch ihren Druck die Dämpfe, die 1848 in allen mitteleuropäischen Ländern den Kessel der alten Staatsform sprengten. Sie führte also selbst die Veränderung herbei, deren Abwendung ihr einziges Ziel gewesen war. Und doch hätte Österreich mit demselben Aufwand an Zeit und Mühe, den es an die Kongresse von Laibach und Verona und an die Karlsbader Beschlüsse verschwendete, halb Afrika erwerben können. Auch die preussische

Politik war unter dem Einfluß oder doch unter dem Gegendruck der konservativen Legitimisten mit Unfruchtbarkeit geschlagen. Aus der Monarchie Friedrichs des Großen machte sie ein mit unverhohlener Geringschätzung geduldetes Mitglied der europäischen Staatenfamilie, dem keine mögliche Zurücksetzung erspart blieb. Allen diesen Mißerfolgen lag ein und derselbe Fehler zu Grunde: die Unterordnung der auswärtigen Politik unter ein inländisches Parteiprinzip.

Daß die Auswärtigen Angelegenheiten eines Landes für sein Schicksal größere Bedeutung haben als seine innern Zustände, ist eine ebenso einfache Wahrheit wie etwa die andre, daß es für unser eignes Wohlergehen weit mehr auf unser Betragen gegen unsre Mitmenschen ankommt als auf unsre Zugehörigkeit zu einem Bekenntnis oder einer politischen Partei. In dem Betragen gegen die andern offenbart sich der Charakter eines Menschen, in dem Betragen gegen andre Völker der Charakter eines Volkes; dieses Betragen nennen wir eben seine auswärtige Politik. Äußere und innere Politik stehen ohne Frage in Wechselbeziehung; aber in viel höherm Grade hängt die innere Politik von der äußern ab als umgekehrt. In Preußen haben die Niederlagen von 1806 und die Siege von 1866 einen viel nachhaltigern Umschwung im Innern zur Folge gehabt als die Verfassungskämpfe der vierziger Jahre, ebenso in Österreich-Ungarn der Feldzug von 1866, in Deutschland und Frankreich der von 1870, in Italien die kriegerischen Ereignisse der Jahre 1859 und 1870.

In Frankreich und England ist denn auch jedermann, vom Staatsoberhaupt bis zum Straßenkehrer, von der alles überragenden Wichtigkeit der auswärtigen Politik überzeugt. In beiden Ländern verstummt der Streit der Parteien, sowie eine Forderung der nationalen Ehre oder der Wehrhaftmachung des Volkes in Frage kommt. Kreditvorlagen zur Verstärkung des Heeres oder der Flotte werden ohne Debatte angenommen. In Deutschland ist es in diesem Punkte jezt zwar besser geworden, als es vor zwanzig und noch vor zehn Jahren war; in allem Wechsel der Umstände schreitet eben doch der politische Reifeprozeß unsers Volkes vorwärts. Aber uneingeschränkte Bewilligungen beträchtlicher Geldmittel für unsre Land- und Seewehr bilden im deutschen Reichstag immer noch Ausnahmen, obgleich uns unsre geographische und politische Lage der Möglichkeit feindlicher Angriffe nicht in geringerem, sondern in weit größerm Maße aussetzt als Frankreich oder England. Das Verständnis für auswärtige Politik steht in Deutschland nicht auf der Höhe, die auf andern Gebieten geistiger Thätigkeit, die auch auf andern Gebieten der Politik erreicht ist.

Zwar an vereinzelt Stimmen, die auf die Bedeutung der auswärtigen Politik für die Geschichte der Völker hinwiesen, hat es auch in Deutschland nicht gefehlt. Einem augenblicklich fast vergessenen Schriftsteller, Constantin Frank, gebührt das Verdienst, schon vor mehr als dreißig Jahren den wesentlichen Zusammenhang zwischen auswärtiger und innerer Politik und die vor-

herrschende Abhängigkeit der letztern von der erstern betont zu haben. „Man beginnt schon allgemein zu fühlen, sagt er,*) und die praktischen Staatsmänner haben es längst gefühlt, daß es die sogenannte auswärtige Politik ist, die auch auf die innere Staatsentwicklung dergestalt zurückwirkt, daß, wenn freilich eine Wechselwirkung zwischen beiden stattfindet, es doch in der That die erstere ist, welche den Ausschlag giebt. Denn offenbar ist es doch nicht der Zustand dieses oder jenes Staates, sondern die Lage der gesamten europäischen Verhältnisse, woraus nicht nur die letzte Entscheidung folgt, sondern woraus auch die letzte Erklärung für die wichtigsten innern Vorgänge des Staatslebens zu entnehmen ist.“ Gewiß ein treffendes Wort; nur daß wir heute an die Stelle der „gesamten europäischen Verhältnisse“ die gesamten politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse der bewohnten Erde setzen müssen.

Das Gefühl, das schon dem damaligen Beobachter allgemein empfunden zu werden schien, hat seitdem in Deutschland wenig Fortschritte gemacht. Zwei Ursachen dieser Erscheinung liegen auf der Hand: die Neuheit einer einheitlichen deutschen Politik bei dem kurzen Bestande unsers jungen Reichs, und dann der seltne Glücksumstand, daß seine auswärtige Politik während der ersten zwei Jahrzehnte in den Händen eines unvergleichlichen Meisters lag. Kritische Betrachtungen über diese Politik galten damals bestenfalls für eine müßige Liebhaberei, der nachzuhängen mehr verzeihlich als verdienstlich erschien. Gewiß ein glücklicher Zustand, der aber nicht von Dauer sein konnte.

Zwar hat sich aus jener Zeit in weiten Kreisen unsers Volks bis auf den heutigen Tag die Anschauung erhalten, für die Masse der Deutschen müsse die auswärtige Politik ein Buch mit sieben Siegeln bleiben. Es sei das unvermeidlich, und es sei auch wünschenswert. Unvermeidlich, weil die auswärtigen Angelegenheiten eines großen Reiches zu verwickelt wären, als daß sie von Außenstehenden übersehen werden könnten. Wünschenswert, weil das Hineinreden der Parlamente in diplomatische Verhandlungen in der Regel mehr Schaden als Nutzen stifte. Auch der Bevölkerung selbst würde die Beschäftigung mit Fragen der auswärtigen Politik in keiner Weise zum Vorteil gereichen; im Gegenteil: ein unerträgliches Kannegießern würde die einzige Folge sein.

Unter diesen Behauptungen ist jedoch nur eine richtig. Ein Hineinreden der Parlamente in diplomatische Verhandlungen ist selbstverständlich vom Übel und vom vaterländischen Standpunkt aus geradezu ungehörig, es müßte denn sein, daß eine große und öffentliche Gefahr besprochen werden sollte, oder daß die Interpellation auf Wunsch der eignen Regierung geschähe. Ebendarum wird es aber auch keinem zurechnungsfähigen Menschen in den Sinn kommen, parlamentarische Einmischungen in schwebende Verhandlungen zu empfehlen.

*) Kritik aller Parteien, Kapitel VII, Abschnitt 3.

Werden solche doch selbst in so parlamentarisch regierten Ländern wie Frankreich, Italien und England fast durchweg vermieden. Fragen kann es sich nur, ob wir wünschen sollen, daß unser Volk wie bisher so auch ferner gegenüber den auswärtigen Angelegenheiten in dem Zustande gänzlicher Urteilslosigkeit verharre. Denn anders läßt es sich doch kaum bezeichnen, wenn die auswärtige Politik als ein Gebiet für sich angesehen wird, das ein für allemal außer Diskussion bleibt, weil seine Kenntnis nur Eingeweihten zugänglich und für die Behandlung der innern Aufgaben auch vollkommen entbehrlich sein soll.

Ein solches Opfer ihrer Einsicht gereicht den Deutschen wahrlich nicht zur Zierde. Auch giebt es keinen einzigen stichhaltigen Grund für seine Fortdauer. Es ist eine ganz übertriebene Vorstellung, daß die auswärtigen Angelegenheiten wegen ihrer verwickelten Natur nur von diplomatischen Fachmännern übersehen werden könnten. Täglich erörtern unsere Zeitungen und erörtern auch unsere Zeitungsleser Aufgaben der innern Politik, die in ihrer Art nicht minder verwickelt sind als irgendwelche auswärtigen Fragen. Eine sachliche Entscheidung zu begründen sind ja diese Erörterungen nur selten angethan; eine solche erfordert meistens eine Vereinigung von Fachkenntnissen, Erfahrung und Urteilsthraft, die ebenso wenig Gemeingut des Publikums ist wie die Vertrautheit mit dem Völkerrecht und mit dem Ausland, über die unsere Diplomaten verfügen. Ihren Wert behält aber die Beschäftigung des Laien mit solchen Gegenständen doch; freilich nicht einen Wert für den Fortgang der betreffenden Angelegenheiten, wohl aber einen erzieherischen Wert für den Laien selbst. Sie erweitert seinen Gesichtskreis und reift seine politischen Anschauungen. Für die Behandlung der Sprachenfrage in Posen und Schleswig ist es z. B. sicher von keinem Einfluß, wie sich Herr M und Herr X zu ihr stellen. In Herrn M und Herrn X hat aber das Bedürfnis, sich diese Frage selbst zu beantworten, seine volle Berechtigung; und eine entschiedene Stellungnahme zu ihr gereicht ihnen unter allen Umständen zu größerer Ehre als denkfaule Gleichgültigkeit oder Unwissenheit. Wir hören freilich von einem alten Kulturstaat, dessen Bevölkerung es nicht verstehen kann, warum sie sich um Politik bekümmern soll, da es doch dafür bezahlte Beamte gebe; aber dieser Kulturstaat ist — China. Deutsche Art war es von Alters her, daß die Angelegenheiten der Volksgemeinde jeden Freien angingen.

Damit wäre denn auch dem Bedenken des überhand nehmenden Kannegießerns begegnet, der Besorgnis, daß unser Volk durch vermehrte Beschäftigung mit auswärtiger Politik nur noch weiter auf der Bahn des politischen Dilettantismus und der Verflachung gedrängt werden würde. Man könnte solche Befürchtungen allenfalls verstehen, wenn gegenwärtig die Frage, ob der Staatsbürger an den öffentlichen Angelegenheiten teilnehmen soll, zur Entscheidung stünde. Aber diese Frage ist in Deutschland seit fünfzig Jahren und länger

in bejahendem Sinn entschieden, und niemand denkt im Ernst an die Möglichkeit, ein politisch mündiges Volk könnte zur Abwechslung einmal wieder unmündig werden. Es handelt sich also nicht mehr darum, ob sich die Deutschen mit Politik befassen sollen oder nicht, sondern ob sie sich nur mit innerer Politik befassen sollen, ohne von den auswärtigen Verhältnissen, die auf diese Politik bestimmend einwirken, eine hinlänglich deutliche Vorstellung zu haben. Die Frage so fassen heißt aber schon sie beantworten. Das Urteilen können wir nicht mehr hindern; sorgen wir dafür, daß sich das richtige Urteil einstelle.

Um es noch einmal zusammenzufassen: es ist wahr, daß die auswärtigen Angelegenheiten zu verwickelt sind, um von Laien übersehen werden zu können; es ist aber nicht wahrer, als wenn man daselbe von den innern Staatsangelegenheiten behauptete. Es ist wahr im absoluten und nicht wahr im relativen Sinne. Die Aufgaben der Politik zu lösen, dazu reicht die Einsicht des Laien allerdings nicht aus. Aber ihren Gang zu verfolgen, sich ein Bild von ihnen zu machen, an ihrer Entwicklung innern Anteil zu nehmen, dazu ist der Laie genau in dem Maße befähigt, wie zur Beurteilung politischer Verhältnisse überhaupt. Dieses Maß ist ja unendlich verschieden, und der bescheidne Mann, der von sich selbst Bescheid weiß und sich in den Grenzen seiner Erkenntnis hält, ist sicherlich achtbarer als der Narr, der alles zu verstehen glaubt. Aber es hat auch noch lange keine Gefahr, daß unsre Arbeiter, daß selbst die deutschen Bauern und Handwerker über den russisch-englischen Wettbewerb um Abessinien oder über die Annexion von Hawaii einander in die Haare gerieten; unsre Gebildeten sind es, an die sich diese Zeilen wenden.

In einem geselligen Kreise kam kürzlich das Gespräch auf die deutsche Politik während des griechisch-türkischen Krieges. Ein überzeugter Verteidiger erklärte sie aus einer angeblichen Verstimmung zwischen dem Kaiser und seiner Schwester, der Kronprinzessin von Griechenland; außerdem aus dem Bestreben, durch Annäherung an Rußland Frankreich zu isoliren, einem Zweck, der dem Sprecher denn auch in der glücklichsten Weise erreicht schien. Der Verkünder dieser Weisheit war ein Mann in angesehenster Stellung und mit allen Zertifikaten wissenschaftlicher Bildung ausgestattet.

Dieses Beispiel ist bezeichnend; in ihm sind die beiden verbreitetsten Ursachen der Verständnislosigkeit des Publikums gegenüber der auswärtigen Politik vereinigt. Erstens die Auffassung, daß bei der Frage nach den Triebkräften dieser Politik die Gewissenhaftigkeit von vornherein ausgeschlossen werden müsse. Das Verwerfliche der Annahme, daß der Beherrscher des deutschen Reiches dessen Schicksale nach persönlichen Stimmungen leiten solle, kam ihrem Erfinder gar nicht in den Sinn. Daneben tritt die krankhafte Sucht nach möglichst entlegnen und kunstvoll zusammengesponnenen Erklärungen in der unglaublichen Vorstellung zu Tage, daß Deutschland seinen Standpunkt gegenüber den orientalischen Wirren nach Maßgabe seiner Beziehungen zu Frankreich gewählt habe.

Wie weit wir Deutschen noch davon entfernt sind, es zu den Erfordernissen der allgemeinen Bildung zu zählen, daß jemand einigermaßen in der auswärtigen Politik bewandert sei, davon kann man sich bei jeder Gelegenheit überzeugen. Es ist schon selten genug, daß eine verständige und fördernde Unterhaltung über innere Politik zustande kommt. Das wird durch die leidige Beschränktheit der Parteimeinungen verhindert. Sind nur Gleichgesinnte versammelt, so hat man einander wenig mitzuteilen; es fehlt der Reiz des Meinungsaustausches. Sind Andersgesinnte zugegen, so scheut man sich, in Streit zu geraten, da politische Gegensätze erfahrungsgemäß weit öfter verbitternd als anregend wirken. Welches Armutszeugnis wir dadurch unsrer Erziehung ausstellen, gestehen wir uns nur ungern ein. Man sollte nun glauben, um so willkommene Gesprächsstoffe müßten die auswärtigen Fragen sein, die sich nicht an den Parteistandpunkt, sondern an das Nationalgefühl wenden. Statt dessen wissen wir alle, daß solche Themata „anschnneiden“ das sicherste Mittel ist, die Unterhaltung in wenigen Minuten zum Einfrieren zu bringen. Im besten Fall ist einer unter den Anwesenden imstande, ein paar Bemerkungen zu machen, die sich anhören lassen. Der zweite, der es unternimmt, ihn zu ergänzen oder zu berichtigen, bringt sicher nur noch ganz ungereimtes Zeug hervor, das den vorigen Redner veranlaßt, schleunigst zu verstummen, weil sich vor ihm ein gährender Abgrund der Unwissenheit aufthut. Der geneigte Leser möge selbst entscheiden, ob diese Schilderung nur einer boshaften Phantasie oder der Wirklichkeit entlehnt ist.

Wie es nicht anders sein kann, findet der niedrige Durchschnittsstand unsrer politischen Bildung einen weithin sichtbaren Ausdruck in unsern parlamentarischen Verhandlungen. Gegenwärtig ist es damit so bestellt, daß der preussische Landtag und der deutsche Reichstag zusammen nicht mehr als zwei oder drei Mitglieder aufweisen, die zur auswärtigen Politik das Wort ergreifen können, ohne sich bloßzustellen. Die Folge davon ist, daß die auswärtigen Angelegenheiten aus dem Kreise der Beratungsgegenstände und selbst aus dem Kreise der Erwägungen beinahe verbannt sind. Und doch müßten sie nach ihrer Bedeutung für das Schicksal unsers Volkes im Mittelpunkt und Vordergrund aller politischen Erörterungen stehen. Dann erst würde es möglich sein, in unsern parlamentarischen Verhandlungen den starken Ton des Nationalgefühls und der Vaterlandsliebe beständig mitklingen zu lassen und das verzogene Kind einer vorlauten Fraktionspolitik in seine Schranken zurückzuweisen. Dann erst würde es einen festen Boden geben, auf dem alle einsichtsvollen Abgeordneten die nötige Unbefangtheit gegenüber den vorliegenden innern Fragen gewinnen könnten. Und damit würde in die deutschen Reichs- und Landtage der lebendige Geist gemeinsamer schaffensfreudiger Arbeit zurückkehren. Ihn empfangen sie vor einem Menschenalter als ein Erbteil der großen Bewegung, die uns erhob und geeinigt hatte, und durch mancherlei Stürme der Zeit vermochten

sie ihn doch so lange zu bewahren, wie der nationale Gedanke in seiner gewaltigsten Verkörperung unser öffentliches Leben beherrschte. Daß jener vaterländische und fruchtbare Geist aus unsern Volksvertretungen entwichen ist, das hat mehr als alles andre dazu beigetragen, ihre Säle zu veröden und ihren Verhandlungen das Gepräge kleinlichen Zankes aufzudrücken, von dem sich das Inland mit Unwillen und das Ausland mit Geringschätzung abwendet. Nur unter der Herrschaft solcher Zustände konnte es geschehen, daß ein so unpolitischer Kopf wie Richter und ein fanatischer Volksverderber wie Bebel zu angesehenen Rednern und anerkannten Parteiführern wurden.

Wenn es wirklich Staatsmänner giebt, denen die Bescheidenheit unsrer Abgeordneten gegenüber unsrer auswärtigen Politik willkommen ist, so hat daran jedenfalls die Bequemlichkeit größern Anteil als der gesunde Instinkt. Sind sie ihrer Aufgabe gewachsen — und von dieser Annahme muß doch ausgegangen werden —, so kann der Fall nicht eintreten, daß ihnen Abgeordnete das Heft entwinden, da deren Überblick über die jeweiligen Fragen notwendig beschränkt bleibt. Umgekehrt vermag kein Minister eine starke parlamentarische Stellung so leicht zu gewinnen und so erfolgreich zu verwerten wie ein tüchtiger Leiter der auswärtigen Angelegenheiten. Die Anzapfungen seiner Gegner bieten ihm nur die erwünschte Handhabe zur Darlegung seiner Gedanken. Für ihn vor allen gilt Pitts bekanntes Wort: Wenn es keine Opposition gäbe, würde ich versuchen, mir eine zu schaffen.

Ein bestimmender Einfluß auf die Geschäfte — und aus den einzelnen Geschäften setzt sich die Politik zusammen — kann ja immer nur von der Stelle ausgehen, an der die Fäden der Ausführung zusammenlaufen; darum ist eine wirkliche Konkurrenz der gesetzgebenden Körperschaften mit dem Minister des Auswärtigen unmöglich. Dagegen kennzeichnet sich ihre Zulassung oder richtiger ihre Heranziehung zu einer begrenzten, aber ständigen Teilnahme an den auswärtigen Angelegenheiten nur als die Verwirklichung eines de jure längst begründeten Verhältnisses, da in konstitutionell regierten Staaten die auswärtige Politik ebenso wenig eine Privatbeschäftigung der Exekutive sein kann, wie das Staatsgebiet Eigentum der Krone ist. Unsre auswärtigen Angelegenheiten würden bei solcher regern Teilnahme der Volksvertretung sicher keinen Schaden leiden. Unter besondern Umständen hat man eine Besprechung auswärtiger Fragen im Reichstag auch bisher schon für nützlich gehalten, und, soviel bekannt, sind die daran geknüpften Erwartungen niemals getäuscht worden. Würde dieser Weg mit einer gewissen Regelmäßigkeit betreten, so ließe sich leicht für die auswärtigen Angelegenheiten des Reichs ein günstiger Hintergrund gewinnen, der ihrem Fortgang wesentlich zu statten kommen müßte. Von geringerer Bedeutung, aber immerhin nicht von der Hand zu weisen ist die weitere Möglichkeit brauchbarer Anregungen aus der Mitte der Abgeordneten. Solche werden namentlich nach einiger Schulung in der Be-

handlung auswärtiger Fragen zu erwarten sein; gegenwärtig liegen sie kaum im Bereiche der Möglichkeit.

Am vorteilhaftesten aber würde eine engere Fühlung unsrer Abgeordneten mit den auswärtigen Angelegenheiten auf die Lage im Innern zurückwirken. Die unversöhnlichsten Feinde des Reichs sind und bleiben die Römlinge und die Revolutionäre mit ihrem beiderseitigen Anhang. Über diese Thatsache können keine Zeitströmungen und keine wirtschaftlichen Verwicklungen hinwegtäuschen. Ultramontanen wie Sozialdemokraten aber kann kein ärgeres Mißgeschick widerfahren, als daß sie in die Notwendigkeit versetzt werden, ihre Stellung zur auswärtigen Politik anzugeben. Bekennen sie Farbe, so kann es nicht ausbleiben, daß der klaffende Zwiespalt zwischen ihren Herzenswünschen und den Daseinsbedingungen der deutschen Nation zu Tage tritt. Suchen sie aber solcher unerwünschten Schaustellung ihrer natürlichen Gebrechen zu entgehen und sich hurtig das Festgewand eines nachgemachten Patriotismus umzuhängen, so verwickeln sich ebenso unausbleiblich die Ultramontanen in Widersprüche mit der Politik des päpstlichen Stuhles und die Sozialdemokraten in Widersprüche mit ihren Allerweltsidealen. Je häufiger die einen wie die andern in dieses Dilemma gebracht werden, umso besser ist es für die Klärung unsrer innern Verhältnisse.

Hand in Hand mit der Tauglichkeit der auswärtigen Politik zur Bekämpfung der innern Feinde des Reichs geht ihr einigender und stärkender Einfluß auf alle kaiserlich gesinnten Deutschen. Der heute noch weit verbreiteten Verkennung dieser ihrer Vorzüge sei hier mit vollem Bedacht die Behauptung entgegengestellt, daß auch die Überwindung des sozialdemokratischen Übels nur einer kraftvollen und klaren auswärtigen Politik gelingen wird.

Unter den Deutschen, die nicht an einen Umsturz des Bestehenden glauben, giebt es heute nur noch zwei Gruppen. Die einen halten ein baldiges Übergewicht der Sozialdemokratie in den Parlamenten für unvermeidlich. Als nächste Folge dieses Übergewichts erwarten sie das Stocken der Staatsmaschine, darauf einen blutigen Sieg der monarchischen Staatsgewalt und dann ein neues Cäsarentum. Was aus diesem entstehen soll, lassen sie dahingestellt. Diese Gruppe ist anscheinend sehr zahlreich. Die andern behaupten die Möglichkeit einer durch keine Gewaltthat unterbrochnen Weiterbildung der geschichtlichen Staats- und Gesellschaftsformen. Sie wünschen eine solche Entwicklung, weil im Aufruhr, mag er siegen oder niedergeworfen werden, mit dem Kranken auch vieles Gesunde untergeht. Sie verschließen sich nicht der nahen Gefahr einer solchen Katastrophe, denn sie wissen, wie leicht eine tiefgehende Bewegung aus ihren Ufern tritt, sobald infolge einer augenblicklichen Verwicklung elementare Gewalten der Leidenschaft die Führung erlangen. Aber sie halten die Gefahr bei steter und angespannter Aufmerksamkeit nicht für unabwendbar und die soziale Aufgabe unsers Zeitalters nicht für unlösbar. An der Übersättigung

der einen und der wilden Begehrlichkeit der andern erkennen sie den verworrenen Zustand einer Gesellschaft, deren führende Kreise nicht frei von Fäulnis, und deren untere Schichten durch umwälzende Vorgänge des geistigen wie des materiellen Lebens aufgestört sind. Sie trauen aber dem deutschen Volk trotz mancher Schwächen noch Lebensfähigkeit und Kraft genug zu, absterbende Bestandteile auszuscheiden, die flüssigen Massen aber zu neuen Bildungen zu formen und sie in seinen Gliederbau aufzunehmen, ohne zu zerbersten. Was nach ihrer Ansicht zur Unterstützung des deutschen Volkes bei diesem Aufsaugungswork geschehen kann, beschränkt sich auf die Förderung seiner Lebenskraft. Alles, was ihr zugewendet wird, drängt die Krankheit des Volkskörpers zurück; alle unmittelbaren Heilveruche sind unwirksam.

Gegenüber den einzelnen Fragen des Tages ergibt sich aus den beiderseitigen Standpunkten für die erste Gruppe ein sehr viel einfacheres Verhalten als für die zweite. Die erste kann sich von Reformen und ähnlichen Maßregeln keinen andern Erfolg versprechen als zwecklosen Aufschub und vermehrte Verwirrung der Geister. Ihr einziges Heilmittel besteht darin, das Pulver trocken zu halten. Die zweite muß bei vollster Einsicht in den Ernst der Lage unausgesetzt an dem zeitgemäßen Ausbau der vorhandenen Einrichtungen arbeiten, für neue Bedürfnisse neue Vorkehrungen treffen und vor allem für die Ausbreitung einer kräftigen vaterländischen Gesinnung wirken. In dieser Richtung bewegen sich auch die Wünsche, denen die vorstehenden Zeilen Ausdruck geben. Wohl begegnet heutzutage jeder Vorschlag, der die Bedeutung der Parlamente heben will, in weiten Kreisen lebhaftem Widerspruch. Mögen sie doch abwirtschaften! heißt es; je gründlicher, desto besser! Wenn aber die Parlamente wieder abgeschafft sind, wird damit auch der Anspruch einer gebildeten Nation auf Rechenschaft über die Verwaltung ihrer Angelegenheiten aus der Welt geschafft sein? Wer diese Frage nicht zu bejahen wagt, dem ist zu raten, daß er lieber auf Besserung sinne als auf Abschaffung. Der Bauer, der sein undichtes Haus in Brand steckte, beseitigte die schadhafte Stellen freilich schneller und müheloser als sein Nachbar, der sein Haus ausbesserte. Aber der klügere von beiden war doch der Nachbar.

